

Hirofukushima, das Kapital und die Repression

Ein Erdbeben und eine Flutwelle am 11. März 2011 ließen im japanischen Fukushima mehrere Atomreaktorblöcke außer Kontrolle geraten. Es kam zur Atomkatastrophe. Das Profitinteresse des Atomkonzerns *Tokyo Electric Power Company* (Tepco) und die Atomkapitalabhängigkeit des japanischen Staates kosten tausende Menschen das Leben und bringen künftig Millionen Menschen qualvolle Krankheit und vielen den Tod.

Dass die Atomkatastrophe in Japan weltweit angeblich nur geringe Auswirkungen haben wird, verharmlost nicht nur die radioaktive Verseuchung des Pazifiks. Längst hat sich doch die radioaktive Strahlung von Tschernobyl seit 1986 über die nördliche Halbkugel der Erde verbreitet.

Auch die deutsche Regierung und die deutschen Atomkonzerne bestreiten, dass jedes Atomkraftwerk (AKW) schon im ungestörten »Normalbetrieb« Mensch und Natur mit radioaktiver Strahlung verseucht. Sie leugnen, dass jedes AKW eine schlafende Atombombe ist, deren zerstörerische Kraft durch Erdbeben, Flugzeugabstürze, technische Störungen und Angriffe gezündet werden kann. Jeder Staat, der »zivile« Atomanlagen betreibt, kann Atomwaffen bauen. Der Ursprung der Atomtechnologie ist militärisch. Es gibt keine Trennung der militärischen von der »zivilen« Nutzung.

Die Atomtechnologie verschafft den Atomkonzernen Siemens, RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall riesige Profite, die radioaktive Verseuchung von Mensch und Natur ist für sie nur ein Kollateralschaden. Die Atomtechnologie garantiert dem Staat seine Machtbasis innerhalb der imperialistischen Konkurrenz.

Getrieben von der gnadenlosen kapitalistischen Konkurrenz wurden die Produktivkräfte (Technologie, Wissenschaft) in den kapitalistischen Zentren explosionsartig vorangetrieben und für den Profit verformt, das bedeutet u. a., dass sie die Arbeit beschleunigen, verdichten und überwachen. Auch Forschung im Kapitalismus ist nicht »frei«, sondern dient



dem Kapitalinteresse. Technologien wie die Atomtechnologie sind keine Produktivkräfte mehr, sondern Destruktivkräfte, die unter allen gesellschaftlichen Verhältnissen zerstören.

Unter der SPD/FDP-Bundesregierung (1969–1982) wurde das Atomprogramm aggressiv ausgebaut. Dennoch gelang es der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre, die Mehrheit von 90 bis 600 (ernsthaft) geplanten Atomkraftwerken zu verhindern. »Nur« 23 AKWs wurden gebaut, jedes eins zuviel. Die CDU/FDP-Regierung (1982–1998) setzte die Atompolitik von SPD und FDP fort. Der Atom-Konsens der SPD/Grünen-Regierung von 2000 war de facto eine Laufzeitverlängerung der AKWs mindestens bis zum Jahr 2022. Rot-Grün erlaubte sogar atomare Zwischenlager an AKW-Standorten – was den Weiterbetrieb ohne Endlager ermöglichte –, und ließ die Polizei Castortransporte nach Gorleben prügeln. Der rot-grüne Atomkonsens schuf – u. a. durch die Logik der Stromengenübertragung – die Grundlage für die weitere Laufzeitverlängerung der CDU/FDP-Regierung 2010. Als die Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung war, förderte sie die Atomfusion in Greifswald.

Mit der CDU/FDP-Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke kam es 2010 zu einem neuen Aufschwung für die Anti-AKW-Bewegung. Zwar wurden zunächst die bürgerlichen Kräfte, die sich an den Grünen orientieren, gestärkt, aber nach der Atomkatastrophe von Fukushima muss auch dem letzten Linken klar sein, dass die soziale und die ökologische Frage nicht zu trennen sind. Ein Bündnis von älteren und jüngeren Anti-Atom-Gruppen ermöglichte im November 2010 in Gorleben auch die radikalere Aktionsform »Castor? Schottern!«. Dass die Untergrabung

Hiroshima 1945

Fukushima 2011



Einladung

Öffentliches Gespräch
der Ökologischen Linken in Berlin

»Anti-AKW-Bewegung wohin?
Über soziale Emanzipation,
Kommunismus und Natur«

mit Dorothea Becker (Dresden)
Jutta Ditfurth (Frankfurt/M.)
Micky Haque (Berlin)
Christoph Preuschhoff (Stuttgart)
Manfred Zieran (Frankfurt/M.)

Sa. 7. Mai 2011

16–20 Uhr

Stiftung Nord-Süd-Brücken, Greifswalder Str. 33a,
Berlin-Prenzlauer Berg (M4 Hufelandstraße)

23.5.2011, 19:30 Uhr, Brandenburg

»Montagsspezial«, Gespräch mit Jutta Ditfurth,
Moderation: Andreas Kiepert.
Brandenburger Theater, Grabenstraße 14,
Brandenburg an der Havel. Eintritt: 8 Euro.
Mehr Informationen: www.brandenburgertheater.de

28.5.2011, bundesweit

in 20 Städten **Anti-AKW-Demonstrationen**

21.6.2011 bis 22.6.2011, Frankfurt am Main
Aktionen gegen die Innenministerkonferenz

Mehr Informationen: www.oekologische-linke.de

des Gleisbetts trotz der Kriminalisierungskampagne gelang, war ein Ausdruck neuen Selbstbewusstseins.

Die wachsende Produktivität in den kapitalistischen Zentren führt tendenziell zur Überproduktion von Waren, für die es keine profitablen Absatzmöglichkeiten mehr gibt. Daher gerät die Verwertung des Kapitals immer wieder ins Stocken, denn was als riesiger Profit angehäuft wurde, muss gewinnbringend re-investiert werden, wenn sich die kapitalistische Produktions- und Verwertungsspirale reibungslos weiterdrehen soll. Die ökonomische Krise in der BRD wurde »überwunden«, indem die

soziale Spaltung vertieft wurde. Die »Rettungspakete« für Banken und Konzerne bedeuteten eine horrende zusätzliche Verschuldung des Staates. Mit der Methode der »Schuldenbremse in die Verfassung« wird sie in ein dauerhaftes Verarmungsprogramm für die mittlere und untere Mittelschicht, für Proletariat und Subproletariat verwandelt. Gleichzeitig wird ein großer Teil des Elends an die Ränder des kapitalistischen Zentrums EU-Europa und in den Trikont* verlagert. Mit Dumpinglöhnen und niedrigen Lohnstückkosten werden andere Länder niederkonkurriert und zu Absatzmärkten für deutsche Produkte. Noch gelingt die Integration, aber es zeigen sich Risse im System, die breiten Protest und Widerstand ermöglichen.

Konzerne beeinflussen die Träume und Fantasien der Menschen. Sie setzen auf kurzlebige Produkte für einen profitablen, schnelllebigen Konsum. Die bunte Welt der Waren ist eine Superdroge mit deren Konsum sich Menschen in die kapitalistische Produktion integrieren lassen, um ihrem Alltag zu entfliehen. Aus dem Menschen als umfassend befähigten sozialen Wesen wird der Konsument, die Konsumentin. Der bunte Schein der Waren maskiert die Ohnmacht in allen wesentlichen Fragen nicht über das eigene Leben entscheiden zu können und verschafft den KonsumentInnen unzufriedene Zufriedenheit. Die Entsolidarisierung der Lohnabhängigen ist Teil dieser Realität.

Große Teile der Mittelschicht werden durch Konsum, Massenkultur, Massentourismus und soziale Anerkennung eingebunden. So kompensieren sie Arbeitshetze und ihre Angst vor einer unsicheren Zukunft. Für die Lohnabhängigen, die ins Subproletariat abgerutscht sind, halten Staat und Kapital eine Elendsverwaltung auf niedrigem Niveau bereit. Wer aufmuckt, dem wird auch das genommen.

Ausbeutung, Elend, Demütigung und Perspektivlosigkeit sowie Hunger, Krankheit und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen können Menschen in die Rebellion treiben. Der Kapitalismus selbst ist die Krise und weil die klügeren VertreterInnen von Staat und Kapital das wissen, bauen sie – um Revolten und Aufstände im Ansatz zu verhindern –, ihren repressiven Handlungsspielraum aus. Sie wollen Menschen, die ihre Herrschaft in Frage stellen und die sich ihnen widersetzen, unterwerfen. Sie passen ihre Repressalien sehr genau den verschiedenen sozialen Milieus an, aus denen ihnen Widerstand droht. Solange sie sich nicht gezwungen sehen, alle Repressionsinstrumente auf einmal aus ihren Safes zu holen, tritt der Polizeistaat noch nicht offen zu Tage. Aber die Diktatur ist eine auf Abruf.

Verfolgt wird nicht mehr nur eine (vielleicht) strafbare *Handlung*. Der Eingriff ins Leben der Einzelnen erfolgt bereits, wenn z. B. die Daten einer Flugreise an Geheimdienste und Polizei weitergegeben werden. Aber dieser krasse Eingriff in die Persönlichkeitsrechte wird kaum wahrgenommen. Die Propaganda, die Überwachung diene der Abwehr einer vermeintlichen Terrorgefahr, wirkt. Der bürgerliche Rechtsstaat war schon früher ein lückenhaftes, herrschaftssicherndes Gebilde, mit den sogenannten Antiterrorgesetzen aber setzte der Staat auch noch viele seiner bürgerlich-demokratischen Menschenrechte außer Kraft.

Der Staat sammelt »richtige« und »falsche« Daten und häuft dabei ein (vermeintliches) Wissen über die Menschen an, von dessen Umfang und Inhalt sie nichts ahnen. Dazu gehört die komplette Überwachung der Telekommunikation und des Internets, der Einbau von Überwachungstechniken in beliebte Konsumartikel der Unterhaltungselektronik sowie die Vorratsdatenspeicherung.

Gegen alle emanzipatorischen Bestrebungen steht ein kapitalistischer Staat mit seiner Polizei, die er mit sogenannten *nicht tödlichen* Waffen hochrüstet, deren Art und Zahl wächst. Der Strahl neuer Wasserwerfer ist nicht nur so gezielt einsetzbar, dass er Menschen die Augen ausschießt wie in Stuttgart, sondern mit dem maßlos erhöhten Wasserdruck kann die Polizei auch töten. Um uns Blutergüsse und Platzwunden beizubringen und manch einem – so ist zu befürchten – den Schädel einzuschlagen, erhielt die Polizei Teleskop-Knüppel aus Stahl. Völlig enthemmt spritzten Polizisten im Wendland, Berlin, Hamburg und anderswo verharmlosend Pfefferspray genanntes Giftgas in die Gesichter. Zu den neuen hochgefährlichen Waffen gehören auch Folterinstrumente wie Elektroschocker oder der Pepperball, der bei den Anti-Nazi-Aktionen in Dresden Anfang 2011 eingesetzt wurde. Derartige Waffen fallen eigentlich unter die Anti-Folterkonvention. Sie sollen Menschen Schmerzen zufügen, sie traumatisieren und vom Widerstand abhalten.

Die Rebellion in Nordafrika, in den ehemaligen Kolonien Europas und der heutigen kapitalistischen Peripherie EU-Europas, geht auch von gut ausgebildeten, perspektivlosen Jugendlichen aus und wird, in jedem Land unterschiedlich stark, von den Ausgebeuteten getragen. Die Solidarität der radikalen Linken in Deutschland muss darin bestehen, darüber aufzuklären, auf welche Weise der deutsche Staat und deutsches Kapital mitschuldig an Diktatur und Unterdrückung sind. Und sie besteht darin, emanzipatorische Prozesse in Nordafrika zu unterstützen und Druck zu machen, damit die Grenzen nach Europa geöffnet werden – für die Freizügigkeit *aller* Menschen.

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70

Berlin

Micky Haque
c/o Herbeck
Schwedter Str. 9, D-10119 Berlin
Tel. +49/(0)30/44 85 109
E-Mail: mickyha@web.de

www.oekologische-linke.de

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Postbank Frankfurt/Main
Konto: 194 44-601
BLZ: 500 100 60

Der aggressive neokonservative Rollback,

der die bundesdeutsche Gesellschaft (und nicht nur die) überflutet, drückt sich ideologisch zum Beispiel in der Gleichsetzung von Rechts und Links aus. Dieses totalitarismustheoretische Dogma setzt allen Ernstes das Ziel und das Menschenbild eines verwirklichten Humanismus, des Marxschen Kommunismus, mit der Vernichtung und Entwertung von Menschen durch den Faschismus gleich. Das hilft bei der Kriminalisierung, Schwächung und Zerschlagung linker Strukturen.

Aber angesichts der Risse und Widersprüche im Kapitalismus können Staat und Kapital nicht verhindern, dass Menschen immer wieder anfangen, zu protestieren und Widerstand zu leisten. Wir unterstützen diese Aufstände für ein besseres Leben und für einen radikal verwirklichten Humanismus.

Die Überwindung des Elends des Kapitalismus ist nur mit seiner Abschaffung möglich.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit und Geld, sowie Gebrauchsgüter statt Konsumwaren. Eine Gesellschaft, in der verstanden und respektiert wird, dass die Arbeit der Menschen sowie die Natur die beiden einzigen Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums sind (Marx). Eine Gesellschaft, welche die umfassende Emanzipation und soziale Gleichheit des Menschen und seine vollständige individuelle Entfaltung zum Ziel hat und weiß, dass es dazu einer antiautoritären gesellschaftlichen Organisation und einer basisdemokratisch geplanten Produktion bedarf.

Soziale Revolution weltweit!

Stellungnahme des
**BundessprecherInnenrates (BSR)
der Ökologischen Linken**
im Mai 2011

* die drei unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika